

Die Wahrnehmung der sozialen Ungleichheit in der Schweiz

Zusammenfassung des Schlussberichts zu einem vom Schweizerischen Nationalfonds geförderten Projekt (Gesuch-Nr. 5004-54350)

Hanspeter Stamm • Markus Lamprecht • Rolf Nef

Hauptgesuchsteller: Hanspeter Stamm

Nebengesuchsteller: Rolf Nef, Dominique Joye, Christian Suter

Zürich, Juli 2001

1. Zusammenfassung

Das Projekt "Soziale Ungleichheit und ihre Wahrnehmung: Erweiterte Erhebung im Rahmen des ISSP 1999" verfolgte zwei Hauptziele. *Erstens* sollten im Rahmen der Beteiligung am International Social Survey Programme internationale vergleichbare Daten zur Ungleichheit (Wahrnehmung) in der Schweiz erhoben werden. Dabei sollte die Datenerhebung über das ISSP-Fragebogenmodul "Social Inequality III" hinaus im Hinblick auf einen erweiterten Ungleichheitsbegriff und im schweizerischen Kontext besonders interessierende Ungleichheitsdimensionen erweitert werden. Die Daten sollten zudem bei SIDOS archiviert und so einem weiteren Kreis von interessierten Forschern zugänglich gemacht werden. Über die reine Datenerhebung und –archivierung hinaus sollte im Projekt *zweitens* auch eine erste allgemeine Auswertung der Daten vorgenommen werden.

Wie die Projektzusammenfassung dokumentiert, wurden beide Ziele erreicht. Im Rahmen der Projektarbeit wurden die folgenden Arbeiten durchgeführt:

- Zwischen dem Projektstart im Herbst 1998 und Mitte 1999 wurde ein Erhebungsinstrument entwickelt, mit welchem das stark an konventionellen Ungleichheitsvorstellungen und der Einkommensungleichheit orientierte ISSP-Fragebogenmodul in dreierlei Hinsicht erweitert wurde: a) Erfassung zusätzlicher Ungleichheitsdimensionen im Hinblick auf die Berücksichtigung neuer Ungleichheitsansätze; b) Erweiterung der Wahrnehmungsfragen über den Bereich der Einkommensungleichheit hinaus; c) Berücksichtigung von Fragen von aktueller gesellschaftspolitischer Bedeutung in der Schweiz (insbesondere zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft sowie aktuellen Problemlagen und Konflikten).
- Im zweiten Halbjahr 1999 wurde in Zusammenarbeit mit dem LINK Institut in Luzern eine Befragung durchgeführt, in deren Rahmen 2016 Personen telefonisch befragt wurden. Etwas über 60 Prozent der Befragten (1258 Personen) beantworteten zudem einen umfangreichen schriftlichen follow up Fragebogen.
- Die Daten des ISSP-Fragebogenmoduls wurden im Frühjahr 2000 bei SIDOS in Neuchâtel archiviert. Zudem werden sie in nächster Zeit im Rahmen eines Gesamtdatensatzes zu allen an ISSP 1999 beteiligten Ländern durch das Zentralarchiv in Köln der internationalen Wissenschaftsgemeinde zur Verfügung gestellt.
- Es wurden ein Projektbericht sowie eine Reihe kleinerer Publikationen verfasst bzw. vorbereitet. Die wichtigsten Ergebnisse der Auswertungsarbeiten sind in Abschnitt 2 dokumentiert und lassen sich knapp wie folgt zusammenfassen:
 - Die Schweiz ist durch ein erhebliches Mass an sozialer Ungleichheit charakterisiert. Obwohl sich keine Zunahme der Ungleichheit während der 1990er Jahre nachweisen lässt, bestehen weiterhin beträchtliche Unterschiede zwischen verschiedenen sozialen Gruppen. Die Privilegienverteilung folgt dabei nicht streng dem "Leistungsmodell" – zugeschriebene Merkmale und "neue" Ungleichheiten spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Zudem existieren systematische Verknüpfungen zwischen struktureller Position und unmittelbaren Lebensbedingungen und Lebensstilen.
 - Die Ungleichheit wird in der Schweiz überaus kritisch wahrgenommen. Es besteht ein breiter Konsens darüber, dass die aktuellen (Einkommens)ungleichheiten zu gross sind, die Unterschiede reduziert und die Privilegienverteilung offener und gerechter erfolgen sollte. Während die Einführung von Minimallöhnen auf breite Zustimmung stösst, bestehen aber erhebliche Vorbehalte gegenüber einschneidenderen Umverteilungsmassnahmen.

- Obwohl sich auf der Grundlage von Merkmalen der sozialen Lage und der Lebensbedingungen erwartungsgemäss Unterschiede in den Ungleichheitswahrnehmungen nachweisen lassen, sind diese im Vergleich zum übergeordneten Konsens relativ gering. Das Projekt skizziert verschiedene Erklärungen für diesen Befund. Dazu gehören fragmentierte Wahrnehmungsmuster als Folge einer zunehmenden sozialen Differenzierung, die Entideologisierung der Erklärungsansätze, verzerrte Wahrnehmungen aufgrund unvollständiger Information, die Emergenz eines "nivellierten Mittelschichtsbewusstseins in den Köpfen" in Abweichung zur objektiven Position sowie der vergleichsweise geringe Problemdruck der Ungleichheitsproblematik.

2. Resultate

2.1. Wissenschaftliche Resultate

Der erweiterte Datensatz zur ISSP-Untersuchung 1999, wie er im Rahmen des Projektes erarbeitet wurde, enthält eine Vielzahl von Variablen und Auswertungsmöglichkeiten. Im Rahmen des Projektes sollten in erster Linie "Grundauswertungen" der Daten vorgenommen werden. Das heisst: Es sollten nicht alle möglichen Aspekte berücksichtigt werden, sondern vor allem die analytischen Möglichkeiten des Datensatzes aufgezeigt und verschiedene Grundinformationen zur Ungleichheitsstruktur und ihrer Wahrnehmung aufbereitet werden, die dann in anderen Projekten und von anderen Forschern vertieft untersucht werden können.

Angesichts der Tatsache, dass das Thema "soziale Ungleichheit" – und hier insbesondere Ungleichheiten in der Einkommensverteilung – in den vergangenen Monaten wieder vermehrt in die öffentliche Diskussion zurückgekehrt ist (vgl. die Medienberichte über Managergehälter, Abgangsentschädigungen, Working Poor etc.), sollten aber auch informative Texte für eine breiter interessierte Öffentlichkeit erarbeitet werden. Neben einem viel beachteten Artikel zur Einkommensungleichheit in der Tagespresse (vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 5.7.2000) wird die Publikation des umfangreichen Projektschlussberichts in der Programmreihe des SPP "Zukunft Schweiz/Demain la Suisse" ins Auge gefasst (vgl. auch Abschnitt 2.2). Der Bericht enthält eine Vielzahl von Analysen und Befunden zu verschiedenen Aspekten der Ungleichheit und ihrer Wahrnehmung in der Schweiz, die im folgenden kurz zusammengefasst werden sollen.¹

Der Bericht gliedert sich in drei Teile mit insgesamt zehn Kapiteln. Teil I ist der Einleitung und der theoretischen Einbettung der Untersuchung gewidmet, während Teil II in drei Teilkapiteln Befunde zu Ungleichheitsstrukturen, Lebensbedingungen und Lebensstilen in der Schweiz enthält. Auf der Grundlage dieser objektiven Standortbestimmung enthält Teil III vier Kapitel mit Analysen zur Ungleichheitswahrnehmung, Veränderungswünschen und der Akzeptanz verschiedener (Umverteilungs-)massnahmen. Zwei umfangreiche Anhänge mit Hintergrundmaterial zu den einzelnen Kapiteln sowie einer Beschreibung der Datenerhebung und der verwendeten Fragebogen runden den Bericht ab.

Die folgenden Seiten enthalten eine knappe, kapitelweise Zusammenfassung zentraler Ergebnisse.

¹ Nach Rücksprache mit dem Programmleiter des SPP "Zukunft Schweiz/Demain la Suisse" wird hier auf die Beilage des umfangreichen Schlussberichts verzichtet. Der Bericht ist jedoch in Form von PDF-Files unter der folgenden Internetadresse verfügbar: <http://www.LSSFB.ch/dt/issp.html>.

Kapitel 1 und 2: Einleitung und theoretischer Hintergrund

Im ersten Teil der Untersuchung werden begriffliche Klärungen vorgenommen und auf der Grundlage einer kurzen Übersicht über den Stand der Diskussion die theoretischen Eckpunkte der Untersuchung bestimmt.

Zunächst kann festgehalten werden, dass soziale Ungleichheit auf wahrgenommenen Unterschieden, der Bewertung dieser Unterschiede und unterschiedlichen Belohnungen beruht. Der Begriff "soziale Ungleichheit" bezieht sich auf zeitlich stabile und sozial prägende Formen von Bevorzugungen und Benachteiligungen und nicht auf individuell unterschiedliche Lebensweisen oder auf zufällige oder beliebige Unterschiede. Entstrukturierungs- und Individualisierungsprozesse haben dazu geführt, dass die Mechanismen, die Unterschiede in Ungleichheiten überführen, komplex und unübersichtlich geworden sind. Die Kombinationen von Bevorzugungen und Benachteiligungen sind so vielfältig, dass die klassischen Schicht- und Klassenmodelle bei einer aktualitätsbezogenen Analyse der Ungleichheit zu kurz greifen.

Trotzdem stehen die klassischen Schicht- und Klassenmodelle am Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit. Die Modelle haben nämlich den unbestrittenen Vorteil, dass sie Ungleichheit nicht nur beschreiben, sondern auch erklären wollen. Die Aussagen über die unterschiedlichen Positionen in einer Gesellschaft, den Zugang zu diesen Positionen und die unterschiedliche Ressourcenzuteilung auf diese Positionen sind theoretisch fundiert. Während die Schichttheorie das liberale Marktmodell im Auge hat und auf Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit baut, betont die Klassentheorie Macht- und Ausbeutungsprozesse, welche Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit zu Legitimationsideologien verkommen lassen. Die beiden Sichtweisen sind auch heute noch zentral, wenn es um die Erklärung und Rechtfertigung von Ungleichheit geht. Die Wahrnehmung und Einschätzung der sozialen Ungleichheit bleibt letztlich abhängig von der Sicht, die man von der heutigen Gesellschaft hat: Leben wir in einer Gesellschaft, in der jeder bekommt, was er verdient, oder leben wir in einer Gesellschaft, in der die einen auf Kosten der anderen leben? Und wer sind die einen und wer die anderen?

Bevor man sich mit Wahrnehmungen und Einschätzungen der sozialen Ungleichheit befassen kann, muss man sich jedoch die Frage stellen, welches die relevanten Ungleichheitsdimensionen sind. Im vorliegenden Projekt wird in Anlehnung an konzeptionelle Vorarbeiten der Autoren vorgeschlagen, von konventionellen Ansätzen auszugehen, welche das Einkommen ins Zentrum der Betrachtung rücken, diese dann aber in verschiedenerlei Weise zu erweitern. So ist einerseits die Fixierung auf die Erwerbssphäre durch die Integration dieses Bereichs in ein erweitertes "Zentrum-Peripherie-Modell" aufzuheben, andererseits sind auch "neue Ungleichheiten" und zusätzliche Differenzierungen auf der Ebene von Lebensbedingungen und Lebensstilen mitzuberücksichtigen. Eine wesentliche Fragestellung des Projekts lautet dann, wie sich "konventionelle" und "neue" Ungleichheiten zueinander verhalten und miteinander verknüpft sind.

Zudem wird auf der Ebene von Wahrnehmungseffekten die klassische Annahme aufgehoben, dass "Schicht-" oder "Klassenlagen" eindeutig determinierend wirken. Gerade in Zusammenhang mit dem "Fahrstuhleffekt" der Nachkriegszeit muss angenommen werden, dass sich harte "Klassengegensätze" aufgelöst und in weiten Teilen der Bevölkerung durch ein "Mittelschichtsbewusstsein" ersetzt wurden, in dessen Rahmen ein relativ breiter Konsens über "wünschenswerte" und "legitime" Verteilungsmechanismen besteht. Vor diesem Hintergrund wird davon ausgegangen, dass strukturelle Positionen zusammen mit anderen Merkmalen einen allgemeinen Möglichkeitsraum aufspannen, in dem Wahrnehmungs- und Handlungsmuster von strukturellen Merkmalen zwar weiterhin "vorgespurt", nicht

aber vollständig determiniert werden. Zudem dürften die in den konventionellen Ansätzen vermuteten linearen Effekte zunehmend von Inkonsistenzen überlagert werden.

Eine wichtige weitere Frage lautet zudem: Welche Bedeutung haben strukturelle im Vergleich zu anderen Merkmalen (z.B. unmittelbaren Lebensbedingungen und ideologischen Positionen, welche nicht nur insgesamt an Bedeutung verloren haben, sondern ebenfalls weniger stark strukturell determiniert sind als in früheren Zeiten) und zu konsensualen Wahrnehmungsmustern auf der Ebene der Gesamtgesellschaft? Bezüglich der letzteren kann angenommen werden, dass das an funktionalistischen Ansätzen orientierte (individualistische) Leistungs- und Marktmodell in der Schweiz eine wichtige Rolle spielt, wenn es um die Legitimation von Ungleichheit geht.

Kapitel 2 schliesst mit einem kurzen Überblick über die Einordnung der Untersuchung in das "International Social Survey Program" (ISSP), die Datenerhebung und die Merkmale der Befragung, die in Anhang B ausführlich dokumentiert sind.

Kapitel 3: Objektive Ungleichheiten

Der zweite Teil der Untersuchung dient der Analyse "objektiver Strukturen". Die Perspektive wird dabei in Einklang mit den theoretischen Überlegungen schrittweise geöffnet: Während die Analyse in Kapitel 3 stark an konventionellen Schicht- und Klassenansätzen orientiert ist, enthält Kapitel 4 Analysen zum Zusammenhang von sozialer Lage, Lebensbedingungen und Lebensformen. Kapitel 5 als Schnittstelle zwischen "objektivem" und "subjektivem Teil" der Untersuchung wendet sich schliesslich anhand ausgewählter Beispiele der Verbindung von Struktur und Alltagshandeln zu.

In Kapitel 3 werden zunächst die zentralen Ungleichheitsdimensionen, wie sie in den konventionellen Schicht- und Klassenansätzen thematisiert werden, dargestellt und aufgezeigt, wie die verschiedenen Privilegien und Benachteiligungen miteinander verknüpft sind. Da den materiellen Ungleichheiten nach wie vor eine zentrale Bedeutung zukommt – man kann auch von einem Generalnenner sprechen – beginnen wir mit der Einkommensverteilung.

Beim Einkommen gilt es zu unterscheiden zwischen individuellem Einkommen, Haushaltseinkommen und Haushaltsäquivalenzeinkommen, das zusätzlich berücksichtigt, wie viele Haushaltsmitglieder vom betreffenden Einkommen leben müssen. Das Durchschnittseinkommen in unserer Stichprobe beträgt für voll Erwerbstätige Fr. 5300.-, für Haushalte Fr. 6900.-. Interessanter als die Durchschnittswerte sind allerdings die Abweichungen vom Durchschnitt, die sowohl gegen unten als auch gegen oben beträchtlich ausfallen können. Insgesamt sind die Unterschiede beim Haushaltseinkommen weniger ausgeprägt als beim Individualeinkommen. Ein Vergleich mit Daten zur Einkommensverteilung im Jahr 1991 zeigt, dass sich bezüglich materieller Ungleichheit in den 1990er Jahren nicht viel geändert hat. Insgesamt scheint sich die Einkommensungleichheit sogar eher etwas abgebaut zu haben, was als in gewissem Sinne typisch für Rezessionsphasen zu interpretieren ist.

Die Vermögensverteilung erweist sich als deutlich ungleicher als die Einkommensverteilung. Die ärmsten 20 Prozent halten in unserer Stichprobe nur gerade zwei Prozent aller Vermögenswerte, während die reichsten 20 Prozent rund 70 Prozent des Gesamtvermögens besitzen. Dass die Höhe des Vermögens nur bedingt mit der Höhe des Einkommens in Verbindung steht, macht deutlich, welcher Einfluss anderen Faktoren wie Erbschaften oder Kapitalgewinnen bei der Vermögensbildung zukommt.

Neben den rein materiellen Komponenten stellt auch die Bildung eine wichtige Ungleichheitsdimension dar. Bildung ist nicht nur ein Wert für sich, formale Bildung öffnet auch den Weg zu beruflichen und gesellschaftlichen Positionen. Im Sinne von Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit soll sich eine lange und anspruchsvolle Ausbildung auch auszahlen. Der Zusammenhang zwischen formaler Schulbildung und Erwerbseinkommen ist tatsächlich beträchtlich: Während Hochschulabsolventen durchschnittlich einen Monatslohn von Fr 8000.- nach Hause tragen, verdienen Personen ohne Berufsbildung in der Regel um Fr. 3000.-. Der Bildungserfolg seinerseits ist aber nicht allein von individuellem Einsatz und Leistung abhängig. Der Einfluss der sozialen Herkunft ist erheblich: Trotz Bildungsexpansion und Öffnung des Schulsystems erweisen sich die Erfolgchancen von Kindern aus den höheren Bildungsschichten als deutlich besser. Welchen Bildungsabschluss man erreicht, ist zudem abhängig vom Geschlecht und der Nationalität.

In aller Regel lassen sich die Bildungsinvestitionen nicht direkt in materielle Privilegien verwandeln, sondern werden erst auf dem Arbeitsmarkt zubarer Münze. Oder anders ausgedrückt: Bildungstitel öffnen einem das Tor zum Berufssystem, wo die Fertigkeiten, Kenntnisse und Erfahrungen gewinnbringend eingesetzt werden können. Einkommen ist für die meisten Leute an Erwerbstätigkeit gebunden. In der Altersgruppe der 18 bis 74-jährigen ist die Hälfte voll erwerbstätig, weitere 20 Prozent üben eine Teilzeitarbeit aus. Nur 30 Prozent der untersuchten Altersgruppe gehen keiner Erwerbstätigkeit nach. Es handelt sich dabei mehrheitlich um Personen in Ausbildung, um Rentner, um Hausfrauen und -männer sowie um Arbeitslose. Obwohl selber nicht erwerbstätig, bleiben diese Bevölkerungsgruppen aber indirekt vom Erwerbssystem abhängig. Ihre soziale Position wird mitbestimmt von einer früheren (Rentner, Arbeitslose) bzw. zukünftigen Arbeitstätigkeit (Studierende) oder steht in Abhängigkeit von der beruflichen Situation des Lebenspartners (Hausfrauen, -männer). Trotz dieser Beziehung zum Erwerbssystem und den sozialen Sicherungsnetzen (Renten, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Stipendien) ist die finanzielle Situation der Nicht-Erwerbstätigen deutlich schlechter als diejenige der Erwerbstätigen.

Die Durchschnittsangaben übersehen allerdings, dass es innerhalb der genannten Gruppen beträchtliche Unterschiede gibt. Bei den Erwerbstätigen lassen sich je nach Berufsprestige, beruflicher Stellung und Branche grosse Einkommensunterschiede feststellen. Die höchsten Durchschnittseinkommen erreichen Personen im oberen Management und den akademischen Berufen. Während die Einkommensunterschiede zwischen oberem und mittlerem Kader nicht sehr ausgeprägt sind, zerfallen die Selbständigen in zwei Gruppen: die gut verdienenden und akademische gebildeten freien Berufe und die deutlich schlechter gestellten, traditionellen Selbständigen in Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe. Ein weiterer Graben verläuft zwischen den ungelerten und gelerten Arbeitskräften, wobei es in den qualifizierten manuellen Berufen mittlerweile mehr zu verdienen gibt als in den qualifizierten nicht-manuellen Berufen. Einkommensunterschiede zeigen sich zudem bezüglich der Branche, in der man tätig ist. Die Höhe des Einkommens wird schliesslich mitbestimmt von Geschlecht, Alter, Nationalität, Region und sozialer Herkunft. Der wichtigste Einflussfaktor dieser nicht leistungsbezogenen Merkmale stellt das Geschlecht dar. Frauen verdienen unabhängig von Ausbildung, beruflicher Stellung und Branche immer noch deutlich weniger als Männer.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das sogenannten Statuszuweisungsmodell, welches den Einkommensstatus aus den vorgelagerten Berufs- und Bildungsstatus zu erklären versucht, immer noch eine erhebliche Gültigkeit beanspruchen kann. Das Einkommen ist – ganz im Sinne des Leistungsmodells – abhängig von Berufsprestige und formaler Autorität, welche ihrerseits durch den Bildungsstatus mitbestimmt werden. Die Zusammenhänge sind jedoch alles andere als perfekt, und zugeschriebene Merkmale wie die soziale Herkunft und das Geschlecht spielen eine nicht zu

unterschätzende Rolle. Eine hoher Bildungsabschluss führt heute nicht mehr automatisch zu einer guten beruflichen Stellung und einem hohen Einkommen. Sogenannte statusinkonsistente Lagen haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Variation ist dabei aber nicht beliebig. Die Schweizer Ungleichheitsstruktur ist heute durch eine Vielzahl inkonsistenter Verknüpfungen charakterisiert, die sich empirisch nachweisen und zu einer Typologie sozialer Lagen zusammenfassen lassen: Neben einer konsistenten, oberen Mittelschicht und einer mehr oder weniger konsistenten Unterschicht finden sich verschiedene Formen von Einkommengewinnern und Einkommensverlierern. Obwohl die Schweizer Sozialstruktur somit komplexer und unübersichtlicher geworden ist, lassen sich immer noch Personengruppen in einer vergleichbaren sozialen Lage identifizieren, die sich relativ einfach anhand von Bildung, Beruf, Einkommen und Geschlecht charakterisieren lassen.

Von einem Abbau der Ungleichheit oder einer eigentlichen Entstrukturierung kann keine Rede sein: Privilegien und Benachteiligung bleiben immer noch systematisch verknüpft. Selbst wenn die Verknüpfungen zwischen den wesentlichen Merkmalen stellenweise quer zu den linearen Annahmen konventioneller Ansätze laufen, kann die "objektive" Ungleichheitsstruktur weiterhin an ihnen festgemacht werden. Vor diesem Hintergrund wird in der vorliegenden Untersuchung der neutralere Begriff der "sozialen Lagen" denjenigen der "Schichten" oder "Klassen" vorgezogen.

Kapitel 4: Lebensbedingungen und Lebensformen

Wenn sich mit Einkommen, Erwerbstätigkeit, Bildung, Berufsstellung und Geschlecht zentrale Ungleichheitsdimensionen identifizieren lassen, die zudem systematisch (wenn auch nicht zwangsläufig konsistent) miteinander verknüpft sind, so stellt sich die Frage, wie sich diese Ungleichheitskonstanten konkret auf die Lebensbedingungen, Lebensformen und Lebenssituationen der Bevölkerung auswirken. Oder anders gefragt: Sind die gefundenen sozialen Lagen im Alltag überhaupt relevant? Ergeben sich daraus spezifische Handlungsmöglichkeiten und Handlungseinschränkungen oder bestimmen in der "Multioptions-" oder "Erlebnisgesellschaft" nur noch Vorlieben und Geschmack, wo und wie man lebt?

Mit Blick auf die Lebensform, die sozialen Netzwerke und die soziale Sicherheit kann zunächst festgestellt werden, dass diese durchaus mit der sozialen Lage in Zusammenhang stehen. Ein hohes Mass an sogenannter Homogamie – das heisst: Partnerschaften zwischen Personen mit einem ähnlichen sozialen Status – sorgt dafür, dass sich Privilegien und Benachteiligungen bei der Eheschliessung kumulieren. Biographiebrüche (wie Scheidungen) oder Schicksalsschläge (wie Todesfälle im näheren Umfeld) sind zwar unabhängig von der sozialen Lage, die Ressourcen, die einem zur Überwindungen von Notlagen zur Verfügung stehen, korrelieren aber wiederum mit der sozialen Lage. Dies gilt nicht nur für die finanziellen Ressourcen, denn auch das informelle Netzwerk ist umso stärker und tragfähiger, je besser man bildungsmässig, beruflich und finanziell dasteht. Ähnliches gilt für das formelle Netz der sozialen Sicherheit: Gesundheitssystem und Sozialversicherung vermögen zwar existenzielle Notlagen unabhängig vom sozialen Status zu lindern, zu überwinden und abzufedern, die Höhe bzw. Qualität der Renten- und Pflegeleistungen stehen aber in direktem Zusammenhang mit der Höhe des Einkommens.

Auch in der Wohnsituation drücken sich soziale Privilegien und Benachteiligungen sehr direkt aus: So weisen Wohnungs- und Hauseigentümer eine deutlich höhere Zufriedenheit mit ihrer Wohnsituation auf und verfügen trotz geringeren Kosten über mehr Wohnraum als die Mieter. Wohnungs- und Grundeigentümer findet man aber überwiegend in den höheren Einkommensschichten. Personen in gut bezahlten, höheren beruflichen Funktionen müssen dagegen Einschränkungen bei der Freizeit in

Kauf nehmen: Die Zeitautonomie ist in den höheren sozialen Lagen geringer als in den tieferen. Obwohl die Arbeitszeiten parallel zum Berufs- und Einkommensstatus zunehmen, wird die Erwerbsarbeit von Personen mit einem hohen sozialen Status als weniger belastend empfunden als von Personen, die weniger qualifizierte und schlechter bezahlte Tätigkeiten ausüben. Selbst in der Betroffenheit von einschneidenden Lebensereignissen reflektiert sich die Ungleichheitsstruktur. Aufgrund der geringeren finanziellen Mittel, einem eingeschränkteren sozialen Netzwerk und einem schlechteren Gesundheitszustand erweisen sich Probleme in der Partnerschaft, Krankheiten und Todesfälle bei Personen aus unteren sozialen Lagen als gravierender.

Die verschiedenen Befunde machen deutlich: Trotz der allgemeinen Verbesserung des Lebensstandards kann von einer Entkopplung von Lebensbedingungen und Ungleichheitsstruktur keine Rede sein. Die soziale Integration, der Zugang zur sozialen Sicherung, die Wohnsituation sowie die Betroffenheit von Risiken und Belastungen im Arbeits- und Privatleben stehen in einem systematischen Zusammenhang mit der sozialen Lage.

Kapitel 5: Lebensstile, Konsum und politische Präferenzen

Angesichts der engen Verknüpfung von sozialer Lage und konkreten Lebensbedingungen stellt sich die Frage, wie gross der individuelle Handlungsspielraum eigentlich ist. Der Handlungsspielraum ist nicht nur abhängig von objektiven Beschränkungen und Möglichkeiten, sondern auch von der Wahrnehmung der Möglichkeiten. Wie man die vorhandenen Handlungsmöglichkeiten umsetzt, für was man sich im konkreten Fall entscheidet, ist abhängig von internalisierten Werten und Normen, von individuellen Präferenzen und vom persönlichen „Geschmack“, der wie Bourdieu gezeigt hat, ja wiederum in Abhängigkeit von der sozialen Lage steht. Wie soziale Lage und "Lebensstil" direkt sowie vermittelt über die Lebensbedingungen zusammenhängen wird in Kapitel 5 anhand einiger ausgewählter Beispiele aus den Bereichen "Freizeit", "Konsum" und "politische Einstellungen" untersucht.

Die Freizeit gilt in der Alltagswahrnehmung als derjenige Bereich, in dem Wahlfreiheit und Wahlmöglichkeiten besonders gross sind. Die Analyse zeigt, dass aber selbst die Freizeitgewohnheiten an objektive Gegebenheiten gebunden bleiben. Ob jemand seine Freizeit eher häufiger im Kino, in der Oper, beim Sporttreiben oder mit Gartenarbeiten verbringt, steht in Zusammenhang mit der sozialen Lage und den Lebensbedingungen. Interessanterweise spielen rein materielle Vorgaben eine eher untergeordnete Rolle. Als viel wichtiger für die Freizeitpräferenzen erweisen sich die Einbindung in soziale Netzwerke, die Lebensform sowie (wenig überraschend) die Zeitautonomie. Wie Freizeitpräferenzen und soziale Lage zusammenhängen, lässt sich besonders gut beim Medienkonsum zeigen: Während sich bei der Zeit, die man vor dem Fernseher oder mit Zeitungslesen verbringt, kaum soziale Unterschiede ausmachen lassen, sind die Themen, für die man sich interessiert, sozial strukturiert. Je tiefer die soziale Lage, desto eher interessiert man sich für die Anzeigen und vermischten Meldungen, während in den höheren sozialen Lagen vor allem wirtschaftliche und politische Themen zur Kenntnis genommen werden.

Was sich bereits beim Medieninteresse ankündigt, findet bei den konkreten politischen Verhaltensweisen und Einstellungen seine Fortsetzung. Politische Aktivitäten (und insbesondere auch die Teilnahme an Abstimmungen) nehmen parallel zum sozialen Status zu. Besonders ausgeprägt sind dabei die Bildungs- und Netzwerkeffekte: Wer über ein ausgedehntes soziales Netzwerk und über höhere Bildung verfügt, beteiligt sich häufiger politisch. Umgekehrt wachsen Politikverdrossenheit und Ohnmacht (Anomie), je weniger privilegiert und integriert man ist. Im Gegensatz zum generellen Interesse an Politik lässt sich die Parteisympathie aber nur noch sehr bedingt auf der Grundlage der

sozialen Lage erklären. Mit zunehmendem materiellem und beruflichem Status neigt man zwar immer noch eher rechten und konservativen Einstellungen und Parteien zu, die Zusammenhänge sind jedoch so bescheiden, dass man von einer weitgehenden Entkopplung von sozialer Lage und der Einordnung ins Links-Rechts-Schema sprechen kann.

Wenn wir eine Entkopplung von sozialer Lage und Verortung im Links-Rechts-Schema konstatieren, so stellt sich die Frage, inwieweit die vorhandenen sozialen Ungleichheiten überhaupt noch wahrgenommen und beurteilt werden. Schliesslich beruhte der Links-Rechts-Gegensatz ja vor allem auf einer unterschiedlichen Einschätzung von Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen. Diese Fragen werden im dritten Teil der Untersuchung thematisiert.

Kapitel 6: Wahrnehmung von Gesellschaftsstruktur und individueller Position

Im dritten Teil der Untersuchung geht es um verschiedene Aspekte der Wahrnehmung und Beurteilung von Ungleichheit. Während im Zentrum von Kapitel 6 allgemeine Einschätzungen der gesellschaftlichen Struktur und der eigenen Verortung in dieser Struktur stehen, befassen sich die beiden folgenden Kapitel mit der Einkommensungleichheit (Kapitel 7) und der Beurteilung von Steuersystem und steuerpolitischen Optionen (Kapitel 8). Kapitel 9 ordnet die Befunde zur Wahrnehmung der Ungleichheit schliesslich in einen weiteren gesellschaftspolitischen Kontext von Problemwahrnehmungen und Wertehaltungen ein.

In Kapitel 6 wird zunächst konstatiert, dass sich die Befragten bewusst sind, dass die Sozialstruktur der Schweiz aus oberen und unteren Positionen besteht. Uneinig ist man sich dagegen darin, wie dieses Ungleichheitsgefüge konkret aussieht. Den Befragten wurde eine Reihe von "Bildern der Gesellschaft" vorgelegt, bei denen sie jeweils angeben mussten, welches der Realität ihrer Meinung nach am ehesten entspricht. Während die einen die Ungleichheitsstruktur eher als Pyramide sehen, tendieren die anderen eher zum Bild einer nivellierten Mittelschichtsgesellschaft oder votieren für die Zwischenform einer "Zwiebel".

Fragt man nach der Gesellschaft, in der die Befragten am liebsten leben würden (Wunschgesellschaft), so wird mehrheitlich die nivellierte Mittelschichtsgesellschaft gewählt. Man wünscht sich eine Gesellschaft, bei der möglichst wenig Leute ganz unten oder ganz oben stehen. Nur eine Minderheit ist allerdings der Meinung, dass wir bereits in einer solchen Gesellschaft leben. Dies ist umso bemerkenswerter, als sich die grosse Mehrheit der Bevölkerung exakt in der Mitte einstuft, wenn man nach dem eigenen sozialen Status innerhalb der aktuellen Ungleichheitsstruktur fragt. Vergleicht man diese Einstufung mit dem tatsächlichen Ort im Ungleichheitsgefüge, so zeigt sich, dass in den unteren Lagen die eigene soziale Position eher überschätzt wird, während in den höheren Lagen eine Tendenz zum Understatement besteht. Die aus der Selbsteinschätzung abgeleitete Ungleichheitsstruktur liegt also viel näher beim Wunschbild einer nivellierten Mittelschichtsgesellschaft als die wahrgenommene und objektiv nachweisbare Realität.

Die Selbsteinstufung im sozialen Ungleichheitsgefüge hat viel damit zu tun, welchen Ausschnitt des Gefüges man selber überblickt und auf welche Mobilitätserfahrungen man zurückblicken kann. Rund die Hälfte der Bevölkerung meint, dass sich die eigene soziale Position im Vergleich zur Position der Eltern verbessert hat. Mehr als ein Drittel glaubt zudem, heute besser dazustehen als vor zehn Jahren. Nur eine kleine Minderheit der Befragten glaubt, im Generationenvergleich oder im Laufe der eigenen Biographie einen sozialen Abstieg erfahren zu haben. Entweder konnte man die Position halten oder gar verbessern. Die persönliche Erfahrung der Befragten reflektiert damit den sogenannten „Fahrstuhl-

effekt“, dank dem es in den vergangenen Jahrzehnten mit einem Grossteil der Bevölkerung nach oben ging. Bildungsexpansion und Wirtschaftswachstum haben die Lebensbedingungen für weite Kreise nachhaltig verbessert, ohne dass sich am Ungleichheitsgefüge als solches etwas geändert hätte. Interessanterweise werden die individuellen Mobilitätsbewegungen auch mit Blick auf die 1990er Jahre, in denen der "Fahrstuhl" nachweislich ins Stocken gekommen ist, als positiv oder zumindest stabil eingeschätzt. Überdies werden auch die zukünftigen Aufstiegschancen – wenn auch vorsichtig – als positiv eingeschätzt.

Zusammenfassend lässt sich somit festhalten, dass die Befragten die Schweizer Ungleichheitsstruktur um einiges kritischer und negativer einschätzen als ihre eigene persönliche Situation. Die eigenen Erfahrungen und Zukunftsperspektiven werden positiver und zuversichtlicher beurteilt als die gesellschaftlichen Entwicklungen: sich selbst rechnet man, unabhängig von den objektiven Gegebenheiten, einer "breiten Mittelschicht" zu. Diese teilweise Entkoppelung von individueller Positions- und allgemeiner Strukturwahrnehmung bei gleichzeitig geäusselter Zugehörigkeit zur Mitte der Sozialstruktur dürfte dabei von erheblicher Bedeutung für die Interpretation der Resultate in den folgenden Kapiteln sein.

Kapitel 7: Einkommensverteilung

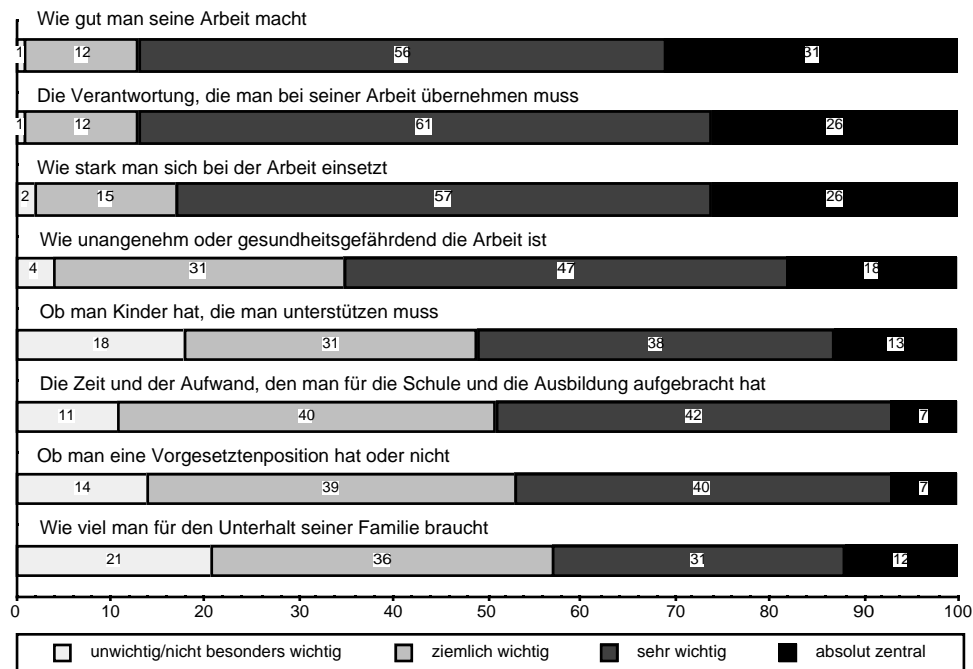
Im umfangreichen Kapitel 7 werden verschiedene Fragen rund um die Einkommensverteilung untersucht. Zunächst geht es um Einschätzungen der faktischen und wünschenswerten Verteilungsgrundlagen: Werden die Einkommen eher auf der Grundlage von Leistungs- oder anderen Kriterien verteilt? Welche Kriterien sollten in der Einschätzung der Befragten eine Rolle spielen? Daran anschliessend wird die Legitimität der Einkommensverteilung in der Schweiz anhand allgemeiner Einschätzungen sowie Aussagen über die Einkommen ausgewählter Berufsgruppen untersucht. Schliesslich wird im Rahmen eines kurzen Exkurses die aktuelle Frage der Einführung von Minimallöhnen diskutiert.

Mit Blick auf die Erfolgsvoraussetzungen und Verdienstkriterien fällt zunächst auf, dass eine Mehrheit der Bevölkerung tatsächlich dem "Leistungsmodell" anhängt. Wie Abbildung 1 zeigt, steht dabei die unmittelbare Leistung (Verantwortung, Qualität der Arbeit) im Vordergrund, während vergangene Leistungen und Investitionen in die (Berufs)bildung weniger stark gewichtet werden. Aus der Abbildung geht zudem hervor, dass auch Bedarfskriterien (Kinder, Familie) eine nicht unerhebliche Rolle spielen. Diese letzteren Kriterien werden zudem signifikant häufiger von den weniger privilegierten Gruppen betont, während Leistungskriterien kaum soziale Variationen zeigen.

Während ein breiter Konsens über diese "Sollwerte" besteht, sind sich die Befragten bezüglich der effektiven Kriterien, welche die Einkommensverteilung leiten, weniger einig. Zwar glaubt auch hier eine Mehrheit, in der Schweiz würden Fähigkeiten und Fertigkeiten (90 % stimmen einer entsprechenden Aussage zumindest teilweise zu) und Leistungen (87 %) belohnt. Daneben werden aber soziale Beziehungsnetze (86 %), die nationale (64 %) und die soziale Herkunft (49 %) als wichtige Kriterien identifiziert, die nur wenig mit dem Leistungsmotiv zu tun haben. Knapp über die Hälfte der Befragten (53 %) glaubt gar, man müsse "korrupt" sein, um es in der Schweiz ganz nach oben zu schaffen. Gerade die letztere Aussage verbucht dabei eine deutlich höhere Zustimmung in den tieferen Lagen, während die höheren sozialen Lagen eher die konventionellen Leistungskriterien betonen. Wir finden hier somit einen hohen Konsens bezüglich der effektiven und wünschenswerten Kriterien in der Einkommensverteilung, der jedoch einige ungleichheitsspezifische Risse in dem Sinne

zeigt, als das herrschende System in den weniger privilegierten Gruppen etwas kritischer wahrgenommen wird und von diesen eher in Richtung von Bedarfskriterien korrigiert werden würde.

Abbildung 1: Kriterien, die bei der Festsetzung des Einkommens eine Rolle spielen sollten (schriftliche Befragung, n je nach Frage zwischen 1259 und 1273)



Dieses Muster setzt sich auf der Ebene der Einschätzung der Einkommensverteilung fort. Eine Mehrheit der Befragten beurteilt die aktuellen Einkommensunterschiede zwar als zu gross (93 % der Befragten stimmen einer entsprechenden Aussage zumindest teilweise zu), räumt aber in Einklang mit dem Leistungsmodell ein, dass es finanzielle Anreize brauche, damit man überhaupt eine lange Ausbildungszeit auf sich nehmen (91%). Diese Einschätzung konfliktiert mit der ebenfalls verbreiteten, machtkritischen Ansicht, die "Einkommensunterschiede gäbe es weiterhin, weil sie den Reichen und Mächtigen nützen" (86 %). Schliesslich glaubt nur eine Minderheit die häufig geäusserte These, "grosse Einkommensunterschiede nützen dem Wohlergehen der ganzen Schweiz" (45 %). Trotz des breiten Grundkonsenses über die Gesamtbevölkerung variiert die Stärke der Zustimmung zu einzelnen der Fragen stark nach sozialer Position: Je privilegierter, desto geringer die Zustimmung zur negativen Gesamteinschätzung der Einkommensverteilung und dem machtkritischen Argument. Dagegen lassen sich bezüglich der anderen beiden erwähnten Aussagen keine grossen und substantiellen Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen ausmachen. Offenbar sind strukturkritische Wahrnehmungen deutlich stärker sozial determiniert als eher strukturbejahende Einschätzungen, die weniger klar mit dem sozialen Status variieren.

Wenn aber selbst die privilegierten Gruppen über weite Strecken die Grundeinschätzung teilen, die Einkommensunterschiede in der Schweiz seien zu gross, und sich, wie in Kapitel 6 gezeigt, eine "gleichere" Gesellschaft wünschen, gleichzeitig aber ein Konsens darüber besteht, dass Leistung eigentlich belohnt werden solle, so fragt es sich, wie hoch die Unterschiede denn ausfallen dürfen – welches also gleichsam das als legitim erachtete Ausmass an Ungleichheit wäre.

Um diese Frage zu klären, enthielt der schriftliche Fragebogen einen experimentellen Befragungsteil, in dem die Befragten für verschiedene Berufsgruppen angeben sollten, was diese ihrer Meinung nach tatsächlich verdienen und was sie verdienen sollten. Die überaus aufschlussreiche Auswertung der Antworten auf diese Frage ist in Tabelle 1 dargestellt. Ein Vergleich der wahrgenommenen Einkommen ("Ist-Einkommen") mit den spärlich verfügbaren Angaben zu den effektiven Löhnen in der Schweiz zeigt dabei zunächst, dass die Einkommenswahrnehmung der Befragten durchaus realistisch ist, wobei sich jedoch ungleichheitsspezifische Wahrnehmungsverzerrungen in dem Sinne zeigen, dass die Bezüger hoher Einkommen die tiefen Einkommen eher über- und die tiefen Gruppen die hohen Einkommen eher unterschätzen.

Der Vergleich zwischen "Ist-" und "Soll-Einkommen" zeigt zudem, dass im tiefen Lohnsegment deutliche Verbesserungen, im Hochlohnsegment dagegen vergleichbare Reduktionen gewünscht werden. Als Folge reduziert sich die Spanne zwischen tiefsten und höchsten Einkommen in der "Wunschwelt" von einem Faktor 10 auf den Faktor 6. Wiederum lassen sich soziale Unterschiede nachweisen, wobei aber einmal mehr der Konsens überwiegt: Obwohl zwischen verschiedenen sozialen Gruppen teilweise erhebliche Unterschiede im Ausmass der gewünschten Veränderungen existieren, besteht ganz offenbar ein breiter Konsens darüber, dass die "Ärmeren" mehr, und die "Reichen" weniger verdienen sollten. Dieser Konsens umfasst selbst diejenigen, welche eigentlich nicht finden, dass die Einkommensunterschiede in der Schweiz zu gross sind und der Meinung sind, grosse Einkommensunterschiede nützen letzten Endes der ganzen Schweiz. Auch sie – wenn auch in geringerer Masse – wünschen sich grundsätzlich eine Gesellschaft, in der die Spannweite zwischen den höchsten und den tiefsten Einkommen deutlich geringer ist.

Tabelle 1: Vergleich der wahrgenommenen (Ist) und der als legitim erachteten Einkommen (Soll) verschiedener Berufsgruppen (schriftliche Befragung, n je nach Beruf zwischen 904 und 1058)

	Ist-Einkommen		Soll-Einkommen		Soll vs. Ist	
	Mittelwert in Fr.	Standard- abweichung/ Mittelwert in %	Mittelwert in Fr.	Standard- abweichung/ Mittelwert in %	Soll minus Ist Mittelwert in Fr.	Soll als Anteil von Ist Mittelwert in %
Verkäuferin	3030	20	3990	19	960	132
ungelernter Fabrikarbeiter	3120	20	3880	19	760	124
gelernter Fabrikarbeiter	4240	20	4990	18	750	118
Krankenschwester	4540	21	5350	20	810	118
EDV-Programmierer	8260	34	7360	29	-900	89
allgemeinpraktizierender Arzt	16507	59	13140	61	-3367	80
Anwalt	18420	64	13000	64	-5420	71
Bundesrichter	19840	54	15290	56	-4550	77
Bundesrat	23560	57	18440	63	-5120	78
Verwaltungsratsdelegierter	24030	66	16030	69	-8000	67
Fabrikeigentümer	31170	66	22960	71	-8210	74

Vor dem Hintergrund dieser Befunde vermag es nicht zu erstaunen, dass die in letzter Zeit wieder vermehrt diskutierte Einführung gesetzlicher Mindestlöhne erhebliche Zustimmung findet: Rund drei Viertel der Befragten könnten sich mit dieser Idee grundsätzlich anfreunden. Die Zustimmung ist dabei erwartungsgemäss in den tieferen sozialen Lagen etwas stärker, die den konkreten Minimallohn im übrigen eher etwas höher ansetzen würden. Der Durchschnittswert über alle Befragten von Fr. 3660.- liegt insgesamt aber deutlich über den von Gewerkschaftskreisen geforderten Fr. 3000.-.

Kapitel 8: Umverteilung, Steuersystem und Steuerpolitik

Die Bevölkerung wünscht sich also offenbar eine Gesellschaft mit geringeren Einkommensunterschieden. Während die bereits erwähnten Minimallöhne im unteren Bereich der Einkommenshierarchie ansetzen und zwar zu einer Besserstellung der ärmsten Bevölkerungsteile, angesichts ihres geringen Niveaus aber nur bedingt zu einer Reduktion der Spanne zwischen tiefen und hohen Einkommen beitragen würden, fragt es sich, mit welchen weiteren Massnahmen eine bessere Verteilung erreicht werden könnte. In Kapitel 8 wurden vor diesem Hintergrund verschiedene Aspekte der Steuerpolitik untersucht.

Auch in Steuerfragen lässt sich ein breiter Grundkonsens mit ungleichheitsspezifischen Variationen feststellen: Nur eine Minderheit von einem Viertel der Befragten zweifelt am Grundsatz der Steuersolidarität (höherer Steueranteil für besser Verdienende), diese Zweifel werden in den höheren sozialen Lagen allerdings deutlich öfter formuliert. Ebenso besteht Übereinstimmung darin, dass die tiefen Einkommen gegenwärtig eher zu viel, die hohen Einkommen dagegen eher zu wenig Steuern bezahlen. Die Einschätzung der Ungerechtigkeit in der Verteilung der Steuerlast fällt in den höheren Gruppen allerdings moderater aus.

Ähnlich wie bei der Einkommensverteilung lässt sich anhand eines experimentellen Designs, bei dem die Befragten für verschiedene Einkommensgruppen angeben müssen, wieviel Steuern diese ihrer Meinung nach zahlen sollten, wiederum feststellen, welche Anpassungen im Steuerregime gewünscht würden. Die Resultate zu dieser Frage sind in verschiedenerlei Hinsicht erstaunlich: Kaum jemand zweifelt zwar am Sinn der steuerlichen Progression, aber die "Wunschbelastungen" liegen deutlich unter dem von der Eidg. Steuerverwaltungen errechneten Schweizer Durchschnitt und umfassen etwa das, was gegenwärtig im Kanton Zug üblich ist. Ganz offenbar ist die Einschätzung der Steuerprogression nicht ganz frei von Schwierigkeiten, die in der Datenerhebung nicht genügend vorweg genommen wurden. Eine genauere Auswertung der Daten zeigt, dass verzerrte Wahrnehmungen eine Rolle spielen: Die höheren Einkommen fassen durchwegs eine höhere Steuerbelastung ins Auge als die tieferen. Offenbar wird in hohem Masse von der eigenen Situation auf diejenige anderer Gruppen geschlossen, wobei man Mühe bekundet, sich die "effektive" Steuerlast anderer Einkommensgruppen vorzustellen. Darüber hinaus haben die kantonal und kommunal unterschiedlichen "Steuerkulturen" einen erheblichen Effekt: In Kantonen mit einer höheren Steuerbelastung fallen auch die gewünschten Steuerbelastungen deutlich höher aus. Dass im übrigen eine grosse Mehrheit der Befragten (84 %) eine Steuerharmonisierung auf kantonaler Ebene begrüssen würde, erstaunt vor diesem Hintergrund nicht.

Unabhängig von diesen Problemen gilt es jedoch festzuhalten, dass die Befragten weit davon entfernt sind, das aktuelle Steuersystem radikal umgestalten zu wollen. Mit anderen Worten: Die Einkommensverteilung und die Steuerbelastung verschiedener Gruppen wird zwar als ungerecht empfunden, dramatische Steuermassnahmen finden aber kaum Anklang. Ausgenommen von diesem Urteil sind allerdings die wirklichen Spitzenverdiener: Die Antworten auf eine Reihe weiterer Fragen

zeigen nämlich, dass Massnahmen, die speziell auf diese Gruppen zielen, unabhängig von der eigenen sozialen Position mit einer erheblichen Zustimmung rechnen könnten: 91 % der Befragten votieren dafür, die "Steuerschlupflöcher für die Reichen zu stopfen", und immerhin knapp drei Viertel (72 %) befürworten eine stärkere Besteuerung von Börsen- und Kapitalgewinnen. In einem Anschlussprojekt (vgl. Abschnitt 4) werden diese Befunde weiter zu detaillieren sein.

Kapitel 9: Allgemeine Problemlagen, Konfliktlagen und Wertehaltungen

Zwei mögliche Erklärungen für die geringe Neigung zu radikalen Veränderungen bei insgesamt grossen Vorbehalten gegenüber der aktuellen Ungleichheitsstruktur in der Schweiz, werden in Kapitel 9 diskutiert, in dem die Resultate zur Ungleichheitswahrnehmung in einen weiteren Kontext von gesellschaftlichen Problemlagen und Konflikten eingebettet werden.

Kapitel 9 zeigt zunächst, dass der Problemdruck in Zusammenhang mit der Ungleichheitsproblematik bestenfalls moderat ist und angesichts anderer aktueller Probleme klar verblasst: Die Finanzierung des Gesundheitswesens bzw. die Krankenkassenprämien, die Immigrationsproblematik, die Rentenfrage (AHV) und Umweltprobleme werden jeweils von über drei Vierteln der Bevölkerung als (sehr) dringende Probleme bezeichnet, während der "Konflikt zwischen Armen und Reichen" als erste, im engeren Sinne ungleichheitsspezifische Problemlage nur von der Hälfte der Befragten als gravierend empfunden wird. Der Generationen- (17 %) und Geschlechterkonflikt (15 %) wie auch der Konflikt zwischen den Sprachregionen (22 %) werden kaum als problematisch erachtet und bilden den Schluss der Rangliste.

Darüber hinaus zeigt Kapitel 9 einen relativ breiten Konsens bezüglich allgemeiner gesellschaftlicher Werte. Obwohl sich je nach sozialer Lage und Lebensbedingungen spezifische "Wertekulturen" ausbilden, müssen diese in der Regel weniger als Elemente einer polaren Weltsicht in verschiedenen Gruppen sondern viel eher als Varianten eines allgemein akzeptierten Modells der "demokratischen Leistungs- und Wohlstandsgesellschaft" interpretiert werden, das Werte wie (Chancen)gleichheit, Wettbewerb und Offenheit betont. Die Mischung aus geringem Problemdruck und breitem Konsens über die "wünschenswerte Schweiz" dürfte zumindest teilweise den Befund erklären, dass die Ungleichheitssituation zwar kritisch wahrgenommen wird, drastische Massnahmen aber wenig Chancen haben.

Kapitel 10: Folgerungen und Ausblick

Die Untersuchung zeigt, dass die Schweiz nicht nur durch ein beträchtliches Ausmass an sozialer Ungleichheit charakterisiert ist, sondern dass diese Ungleichheiten von der Bevölkerung auch kritisch wahrgenommen werden. Obwohl ein klarer Wunsch nach einer "gerechteren" Gesellschaft und einer legitimeren Einkommensverteilung formuliert wird, werden drastische Umverteilungsmassnahmen, wenn sie nicht exklusiv die Spitzeneinkommen betreffen, eher abgelehnt. Die Erklärung für diesen Befund ist einerseits im verhältnismässig geringen Problemdruck zu suchen. Andererseits dürfte auch die Tatsache eine Rolle spielen, dass die "nivellierte Mittelschichtsgesellschaft in den Köpfen" bereits Tatsache geworden ist und drastische Massnahmen in der Einschätzung der Befragten wohl immer erhebliche Verlustrisiken bergen.

Der Verweis auf die Verbreitung eines "Mittelschichtsbewusstseins" vermag – zusammen mit einer allgemeinen Entideologisierung der Ungleichheitsproblematik und dem Auftauchen neuer relevanter

Differenzierungen – auch zu erklären, weshalb sich klare Schicht- und Klassenlagen in der Ungleichheitswahrnehmung zugunsten eines relativ breiten Grundkonsenses in der Wahrnehmung der Ungleichheit abgeschwächt haben. Strukturelle Verortungen sind als prägendes Element unserer Wahrnehmung und Handlungsweisen aber keineswegs irrelevant geworden und könnten in Zukunft, sollte sich die Ungleichheitssituation verschärfen, durchaus wieder eine entscheidende Rolle im Konflikt um legitime Verteilungsregeln spielen.

2.2. Wissenstransfer

Ein wesentliches Element des Wissenstransfers bestand in der frühzeitigen Archivierung der Daten bei SIDOS in Neuchâtel. Resultate aus der Untersuchung wurden ausserdem im Rahmen der Lehrtätigkeit der Projektmitarbeiter an der ETH Zürich und der Universität Zürich weitervermittelt. Schliesslich wurden die folgenden Berichte publiziert, an Kongressen präsentiert oder befinden sich in Vorbereitung:

Joye, Dominique (2000): "Echantillons probabilistes et probabilités de reponses". *Kongressbeitrag* Lausanne 9-11 November 2000.

Nef Rolf, Hanspeter Stamm und Markus Lamprecht (2001): "Ungleichheiten, Ungleichheitswahrnehmungen und 'neue Unübersichtlichkeit'". *Beitrag zum Jahreskongress der SGS*, September 2001 in Genf.

Stamm, Hanspeter, Markus Lamprecht und Rolf Nef (2000): "Lohnbildung zwischen Markt und Macht. Studie zur Wahrnehmung von Einkommensunterschieden in der Schweiz." *NZZ*, 5.7.2000.

Stamm, Hanspeter, Markus Lamprecht, Rolf Nef, Dominique Joye und Christian Suter (2000): "Die Ungleichheitsstruktur der Schweiz an der Schwelle zum 21. Jahrhundert". S. 9-51 in: SNF (Hg.) *Analysis of Comparative and Longitudinal Data – 3 Contributions Using ISSP, Eurobarometer and Household Panel Data*. SPP Working Paper 6. Bern: SNF.

Stamm Hanspeter, Markus Lamprecht und Rolf Nef (2001): *Die Wahrnehmung der sozialen Ungleichheit in der Schweiz*. Unveröffentlichter Projektschlussbericht. Zürich: L&S.

Täube, Volker und Dominique Joye (2000): "Social Capital and Internet Use in Switzerland: Structural Disparities and New Technologies" *Manuskript*, Neuchâtel: SIDOS.

Es ist geplant, den Schlussbericht in der Schriftenreihe des SPP "Zukunft Schweiz/Demain la Suisse" zu publizieren. Da das Projekt eine Fülle von Resultaten von gesellschaftspolitischem Interesse erbrachte, soll die Publikation nicht nur Ungleichheitsforscher im engeren Sinne ansprechen, sondern sich auch an eine (akademisch gebildete) weitere Öffentlichkeit richten. Eine kritische Prüfung des Schlussberichts hat dabei gezeigt, dass er stellenweise noch etwas zu stark "technisch" ist. In Rücksprache mit dem Programmleiter wird der Bericht in den kommenden Wochen daher noch einmal redaktionell bearbeitet und der Programmleitung im Herbst 2001 als "benutzerfreundliches", druckfertiges Manuskript zur Begutachtung unterbreitet. Die aktuelle Version des Berichts ist in elektronischer Form verfügbar und kann auf Wunsch auch als gedrucktes Manuskript ausgeliefert werden.

3. Ziele und Zielerreichung

Wie bereits in der Zusammenfassung (Abschnitt 1) erwähnt, konnten die zwei Hauptziele des Projekts erreicht werden:

- a) Erweiterte Datenerhebung im Rahmen des ISSP "Social Inequality III" und Archivierung der Daten bei SIDOS. Der Datensatz wurde gemäss unseren Informationen bislang dreimal bestellt. Zudem wurde er an das Zentralarchiv in Köln weitergeleitet, wo er im Rahmen eines ländervergleichenden Datensatzes zum ISSP 1999 in den nächsten Wochen publiziert werden sollte.
- b) Auswertung der Daten und Vorbereitung verschiedener Publikationen (vgl. Abschnitt 2.2). Die im Projektantrag erwähnten Auswertungsschritte konnten durchgeführt werden. Dank zweier Anschlussprojekte (vgl. Abschnitt 4) ist eine fundierte weitere Auswertung ausgewählter Aspekte durch die Projektbeteiligten sichergestellt.

Die Projektlaufzeit musste allerdings ohne Kostenfolgen um fünf Monate bis Juli 2001 verlängert werden. Diese Verlängerung wurde, wie im damaligen Antrag begründet, notwendig, weil das Büro des Hauptantragstellers ein Mandat im Rahmen der Volkszählung 2000 übernommen hatte, das unerwartete Ausmasse annahm und sich aufgrund des fixen Termins für die Volkszählung zeitlich nicht anders organisieren liess.

Ein Nebenziel der Untersuchung konnte nicht realisiert werden: Im Projektantrag war vorgesehen, dass mit den Hauptverantwortlichen des ISSP "Social Inequality" eine enge Kooperation im Hinblick auf spätere Auswertungen gesucht würde. Der anfänglich gute Kontakt zu den Verantwortlichen in Australien brach leider unvermittelt ab und konnte trotz mehrmaliger Versuche einer erneuten Kontaktnahme nicht wieder hergestellt werden. Obwohl dem Projektteam nach wie vor unklar ist, weshalb die Kommunikation zusammenbrach, hat dies den Projekterfolg nicht beeinträchtigt und zu einer kleinen Kostenersparnis geführt.

4. Anschlussprojekte

Im Rahmen zweier, bereits bewilligter Anschlussprojekte können ausgewählte Fragestellungen aus der vorliegenden Untersuchung vertieft werden:

1. Im Rahmen des Projekts "The perception of social inequality: a longitudinal international comparison with special reference to Switzerland"² sollen die Schweizer Befunde in einen grösseren historischen und geographischen Kontext gestellt werden. Gerade wenn man für die Schweiz eine tendenzielle Entkoppelung von Ungleichheitswahrnehmung und sozialer Lage bei gleichzeitig starkem Grundkonsens feststellt, ist es vielversprechend zu untersuchen, wie sich die Verhältnisse über die Zeit entwickelt haben und wie sie sich in anderen Ländern darstellen.
2. Im Projekt "Der Schweizerische Sozialstaat: Wahrnehmungen, Akzeptanzen und Entwicklungsoptionen"³ werden ausgewählte Daten aus dem ISSP-Datensatz sowie weiteren Datensätzen unter

² Das Projekt wird als Teil des Forschungsverbundes von Christian Suter "Comparative and dynamic perspectives on inequality" im Rahmen des SPP "Zukunft Schweiz/Demain la Suisse" durchgeführt (Gesuch-Nr. 5004-058475/1, Hauptantragsteller: H.P. Stamm).

³ Die Untersuchung wird im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 45 "Probleme des Sozialstaats" durchgeführt (Gesuch-Nr. 4045-059742/1, Hauptgesuchsteller: Rolf Nef).

dem Aspekt der Akzeptanz sozialstaatlicher Interventionen ausgewertet. Diese Fragestellung ist insofern von Interesse, als sich bereits im Rahmen des vorliegenden Projekts ein in gewissem Sinne gespaltenes Verhältnis der Befragten gegenüber der öffentlichen Hand zeigt: Die Reduktion von Ungleichheit wird zwar an den Staat delegiert, doch scheut man sich, ihm die nötigen Interventionsmittel zur Verfügung zu stellen. Obwohl die Forderung nach einer Reduktion der Staatsquote offenbar Wirkung zeigt, deuten die Resultate der ISSP-Untersuchung darauf hin, dass auch private Akteure kein uneingeschränktes Vertrauen genießen. Im Rahmen des Projekts wird unter anderem zu klären sein, wie die verschiedenen Akteure und ihre Aufgabenteilung wahrgenommen wird.

Jenseits dieser beiden formellen Projekte sind die Autoren bereit, Forscherinnen und Forscher, welche mit dem ISSP-Datensatz arbeiten, zu unterstützen oder gegebenenfalls mit ihnen zu kooperieren. Im Sinne von Eigenforschung fassen wir zudem eine erweiterte Analyse der Relevanz der Typologie der sozialen Lagen im Hinblick auf die Wahrnehmung von Ungleichheit sowie die vertiefte Untersuchung von ungleichheitswahrnehmungsbezogen inkonsistenten soziostrukturellen Milieus ins Auge.